

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Neue Heimat - Agrarsubventionen -
Polen - USA - Afrika**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1986) : Kurz kommentiert: Neue Heimat - Agrarsubventionen - Polen - USA - Afrika, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 66, Iss. 6, pp. 269-270

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136164>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Neue Heimat

Ausverkauf mit Hindernissen

Auf dem Kongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes Ende Mai in Hamburg ist endlich geklärt worden, welche Marschrichtung das Gewerkschaftsunternehmen Neue Heimat einzuschlagen hat. Nicht die Sanierung des angeschlagenen Wohnungsbaukonzerns durch Gesundschumpfen ist mehr das Ziel, sondern der Ausverkauf und der mittelfristige Rückzug der Gewerkschaften aus der Wohnungswirtschaft. Sieht man einmal von den für das Ansehen der Gewerkschaften fatalen Begleitumstände ab, die in Hamburg zu Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und in Bonn zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses geführt haben, so scheint es für den DGB jetzt vorrangig um eine Neubestimmung der zukünftigen Aufgaben der Gewerkschaften zu gehen. Dabei droht jedoch ein geordneter und für alle Betroffenen erträglicher Ausstieg der Gewerkschaften aus der Wohnungswirtschaft auf der Strecke zu bleiben.

Um den Schaden für die Mieter, die Beschäftigten und die Gläubiger der Neuen Heimat sowie für den Steuerzahler zu begrenzen, wäre zunächst eine umfassende und sachliche Informationspolitik vonnöten. Dazu gehörte auch das bisher verweigerte neutrale Gutachten über die tatsächliche Lage des Unternehmens und den Wert der noch zu veräußernden Wohnungen. Die Verweigerung eines derartigen Gutachtens und der Widerstand im DGB, zur Sanierung der gemeinnützigen Neuen Heimat ebenso mit eigenen Mitteln beizutragen wie im Fall der nicht gemeinnützigen Neuen Heimat Städtebau, sprechen gegen einen behutsamen Ausstieg aus der Wohnungswirtschaft. Vielmehr setzt man darauf, daß Länder und Gemeinden bereits geförderte Wohnungen erwerben und damit den Steuerzahler ein weiteres Mal zur Kasse bitten. hn

Agrarsubventionen

Ausdehnung der Fördergebiete

Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Bedürftigkeitsgebiete in der Bundesrepublik um mehr als 2 Mill. Hektar wurde vom EG-Agrarministerrat abgesegnet. Was einst mit der Annahme der Richtlinie 75/268/EWG über die Landwirtschaft in Berggebieten und bestimmten be-

nachteiligten Regionen durch den Rat relativ bescheiden begann, hat sich dahin ausgeweitet, daß heute mehr als 50% der deutschen Agrarnutzfläche förderungswürdige Bedürftigkeit attestiert wird.

Die Ausweitung der als benachteiligt geltenden Gebiete und die damit verbundenen – überwiegend nationalen – Zuschüsse sind Teil des Kompensationsprogramms der Bundesregierung für die erwarteten Einkommensverluste der deutschen Bauern aus den Agrarpreisbeschlüssen dieses Jahres. Es fragt sich aber schon heute, was passiert, wenn sich die Kommission mit ihren auf stärkere Marktorientierung drängenden agrarpolitischen Vorstellungen, wie sie im Grünbuch niedergelegt sind, weiter durchsetzen kann und möglicherweise neue „Nullpreisrunden“ drohen. Vermutlich ist mit dem jüngsten Schub der Ausweitung der Bedürftigkeitsgebiete noch keineswegs das Ende der Fahnenstange erreicht und die Zahl der „Bergbauern“ dürfte in der Bundesrepublik – allerdings auch in den anderen EG-Ländern – weiter zunehmen.

Eine regionale Strukturpolitik, die die Fördergebiete nach politischen Opportunitäten beliebig ausdehnt, führt sich allerdings selbst ad absurdum. kr

Polen

Begrenzte Entlastung durch den IWF

Nachdem der Gouverneursrat des Internationalen Währungsfonds Ende Mai 1986 dem bereits im November 1981 eingereichten Aufnahmeantrag Polens in den IWF zugestimmt hat, steht einer polnischen Mitgliedschaft nun endlich nichts mehr im Wege. Der Beitritt ist zwar aus verschiedenen Gründen zu begrüßen, aber weder für Polen selbst noch für seine westlichen Gläubiger dürften sich mit diesem Schritt heute noch große Hoffnungen auf eine rasche Lösung der polnischen Verschuldungsprobleme verbinden.

Die Polen zugeteilte Quote beläuft sich auf 680 Millionen Sonderziehungsrechte. Zur Zeit beträgt die höchstmögliche Inanspruchnahme konditionierter, d. h. an wirtschaftspolitische Auflagen gebundener Fondskredite 95% bzw. in Härtefällen 115% der Quote in drei aufeinanderfolgenden Jahren. Polen könnte also bis 1989/90 Kredite in Höhe von insgesamt maximal 2,35 Mrd. SZR erwarten. Bei einer Nettoverschuldung von 29 Mrd. Dollar Ende 1985 und einer Schuldendienstbelastung, die bis 1992 erwartungsgemäß auf über 10 Mrd. Dollar pro

Jahr steigen soll, wird klar, daß der IWF allein nur eine sehr begrenzte und temporäre finanzielle Entlastung bieten kann.

Auch die Hoffnungen auf eine Fonds-induzierte spürbare Wiederbelebung der Kreditgewährung privater Banken müssen mit einiger Skepsis betrachtet werden – im Falle Rumäniens zumindest waren die Banken 1981 trotz der IWF-Mitgliedschaft nicht bereit, weitere Kredite einzuräumen. Größere finanzielle Bedeutung für Polen als der IWF könnte die Weltbank erhalten, der nur Fonds-Mitglieder beitreten können und deren langfristige Finanzierungen – häufig in Kofinanzierung mit privaten Banken – über die Fonds-Möglichkeiten hinausgehen. Polens Chancen, als Entwicklungsland klassifiziert zu werden und somit in den Genuß zinsgünstiger Weltbankkredite zu kommen, scheinen recht gut. Wenn die Weltbank zur Berechnung des Pro-Kopf-Einkommens die gleiche Methode anwendet wie z. B. im Falle Ungarns, dürfte auch Polens BSP pro Kopf unter der von ihr gesetzten – wenn auch nicht ganz starren – Grenze von 2600 Dollar liegen. pp

USA

Protektionistischer Druck

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat mit überwältigender Mehrheit den Entwurf für ein neues Handelsgesetz verabschiedet. Die Vorlage ist zunächst als ein Versuch der Legislative zu werten, die Prärogative in handelspolitischen Fragen zurückzugewinnen; der Entscheidungsspielraum des Präsidenten in der Handelspolitik soll eingeschränkt werden. Zugleich enthält der Gesetzentwurf starke protektionistische Elemente. So sollen z. B. die Handelsdefizite der USA mit Japan, Taiwan und der Bundesrepublik durch Zölle und mengenmäßige Beschränkungen jährlich um 10 % reduziert werden, und Importrestriktionen sollen notfalls auch ohne vorherigen Nachweis einer (tatsächlichen oder drohenden) Schädigung der einheimischen Industrie durch die ausländische Konkurrenz verhängt werden dürfen. Beides verstößt gegen bestehende GATT-Vorschriften.

Das Weiße Haus hat die Initiative der Volksvertreter als „puren Protektionismus“ gegeißelt, der in die unseligen 30er Jahre zurückführe, und ein entschiedenes Veto angekündigt. Dabei ist der legislative Prozess noch längst nicht abgeschlossen. Der Senat wird die Vorlage des Repräsentantenhauses nicht unbesehen übernehmen, sondern einen eigenen voraussichtlich erheb-

lich liberaleren Entwurf vorlegen, bevor die Kompromißsuche im Vermittlungsausschuß beginnt. Für die Regierung bedeutet dieser Zeitgewinn die Chance, die Richtigkeit der von ihr propagierten Strategie der Marktöffnung als Alternative zum Protektionismus unter Beweis zu stellen. Jüngste handelspolitische Aktivitäten, so die Erhebung eines Schutzzolles auf Holzprodukte aus Kanada und die Suche nach einer Selbstbeschränkungsregelung bei Werkzeugmaschinen lassen allerdings eher Nachgiebigkeit gegenüber protektionistischem Druck als Konsequenz erkennen. ko

Afrika

Neuer Realismus

Ende Mai beschloß die Vollversammlung der Vereinten Nationen in einer Sondersitzung die Unterstützung eines Investitionsprogramms für Afrika in Höhe von 128 Mrd. US-\$. Dieses Mal stellten afrikanische Politiker jedoch nicht nur Forderungen an die reichen Industriestaaten.

Im Schlußdokument verpflichten sie sich zu einer Reihe von Maßnahmen, die von westlicher Seite seit langem zur Behebung der tiefgreifenden, beileibe nicht nur dürrebedingten Produktionskrise des Kontinents gefordert werden. Beispielsweise soll der Schwerpunkt der Investitionen nun auf der Landwirtschaft liegen und der Privatsektor gestärkt werden. Künftig sollen Landwirte wieder gewinnbringende Preise für ihre Produkte erhalten, weniger unter Engpässen bei landwirtschaftlichen Inputs leiden und besseren Zugang zu Agrarkrediten haben. Auch von einer verstärkten Berücksichtigung der Frauen, die in der afrikanischen Landwirtschaft eine herausragende Rolle spielen, wird jetzt gesprochen.

Der neue Realismus der Afrikaner ist zweifelsohne erfreulich, doch muß sich erst noch zeigen, ob die gemeinsame Absichtserklärung zur Verbesserung von Rahmenbedingungen auch zu konkreten Maßnahmen der einzelnen Regierungen führt. Davon sowie von der Bereitschaft und vom Verlauf der Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank wird nicht zuletzt die Höhe der Entwicklungshilfeleistungen der großen westlichen Geberländer abhängen. Sie machten in New York keine verbindliche Zusage. Denkt man nur an die laufenden haushaltspolitischen Überlegungen in den USA, die eher für eine Kürzung als eine massive Ausweitung der Entwicklungshilfe sprechen, muß man bezweifeln, daß die Afrikaner die erhofften 46 Mrd. US-\$ zusätzliche Entwicklungshilfe sowie 35-55 Mrd. US-\$ an Entlastungen von Schuldendienstverpflichtungen erhalten werden. st